

## Die Krise der HSH-Nordbank im Zeitablauf

- Am Montag, dem 28. Januar 2008 berichtete der FOCUS, dass die deutschen Landesbanken immer mehr in die Krise rutschen und allein die BayernLB, die LBBW, die WestLB und die HSH-Nordbank fast 80 Milliarden Euro in Risikopapiere investiert haben. Weiter heißt es in diesem Bericht: *„Auch die Hamburger HSH-Nordbank steckt im Subprime-Sumpf und sagte ihren geplanten Börsengang ab.“*
- Einen Tag später, am 29. Januar 2008 dementierte die HSH-Nordbank durch ihre Sprecherin Gesine Dehn in den Lübecker Nachrichten: *„Wir stecken nicht im Subprime-Sumpf – und wir sagen unseren Börsengang nicht ab.“*
- Am 10. Februar 2008 berichtete die Wirtschaftswoche, dass die HSH Nordbank Immobilienkredite im Volumen von 7,6 Milliarden Euro zu wenig attraktiven Konditionen an die Münchner Hypo Real Estate, die französische BNP Paribas und die amerikanische Investmentbank Lehman Brothers verkauft haben soll. Dabei habe die HSH je nach Portfolio einen Abschlag zwischen 10 und 30 Prozent des Nennwertes hingenommen.
- Am 26. Februar 2008 hieß es aus der HSH, dass allein aus einem US-Immobilienkreditportfolio in Höhe von 300 Mio. Euro bislang 170 Mio. Euro finanzwirksam abgeschrieben wurden. Aber die HSH ließ durch ihren Chefvolkswirtin Dr. Bernhard Blohm im Hamburger Abendblatt erklären: *„Es gibt keinen Anlass für Dramatik.“* Oder kurz und bündig zusammengefasst: Bei der HSH ist alles in Ordnung und man habe die Risiken voll im Griff.
- Am 7. März 2008 überraschten dann die Aussagen in der Aufsichtsratssitzung: Der Börsengang wird abgesagt, die Abschreibungen allein aus den Subprime-Risiken auf dem US-Immobilienmarkt betragen für das Jahr 2007 563 Mio. Euro.
- In einer Presseverlautbarung der Bank hieß es dann am 9. April 2008: Für das Jahr 2007 wurden insgesamt Abschreibungen in Höhe von 1,3 Mrd. Euro vorgenommen.

- Am 23. April 2008 sagt Finanzminister Wiegard im Plenum des Landtages zur Dividendenfähigkeit der Bank: *„In diesem Jahr erwarten wir als Land allein wieder 43 Millionen € und die GVB zur Deckung der Anteile weitere 38 Millionen €.“*
- Am 24. Juni 2008 teilt der Börsendienst BoerseGo.de mit, dass J.C. Flowers sich mit 24,9 Prozent an der Hypo Real Estate (HRE) beteiligt. Er zahlt pro Aktie 22,50 Euro. Für die rund 49 Mio. Aktien zahlt er somit rund 1,1 Mrd. Euro.
- Am 10. Juli 2008 sagt der Vorstandsvorsitzende Berger im Finanzausschuss des Landtages: *„Ich gehe davon aus, dass die Bank unter Berücksichtigung der beabsichtigten Kapitalmaßnahmen das Jahr 2008 mit einem Überschuss von gut 400 Mio. Euro abschließen wird.“*
- Am 5. August 2008 teilt das Manager-Magazin mit, dass der Aufsichtsrat der HRE umstrukturiert wurde und die Investorengruppe um J.C. Flowers drei Aufsichtsratsposten übernehmen. J.C. Flowers übernimmt einen Sitz persönlich.
- Am 6. September 2008 berichtet die Presse, dass die HSH-Nordbank 750 Stellen streichen wird.
- Am 7. September 2008 dementiert der Sprecher der HSH-Nordbank dies vehement.
- Am 8. September 2008 verkündet die HSH-Nordbank ihr Halbjahresergebnis. Der Konzernüberschuss betrug im ersten Halbjahr 129 Mio. Euro, der Abschreibungsbedarf belief sich im ersten Halbjahr 2008 auf 511 Mio. Euro. 750 Stellen im Konzern werden gestrichen. Der Jahresgewinn von 400 Mio. Euro aber wird erreicht. Vorstandsvorsitzender Berger: *„Durch die HSH-Nordbank ist der Steuerzahler bislang nicht belastet worden. (...) Ich halte an der Prognose eines Gewinns von 400 Mio. Euro in diesem Jahr fest. (...) Wird er erreicht, ist die HSH-Nordbank voll dividendenfähig.“*
- Am 10. September 2008 sagte Finanzminister Wiegard im Plenum des Landtages: *„Wir gehen davon aus, dass die Gewinnplanung der Bank für das Jahr 2008 etwa 400 Mio. Euro betragen wird. Für 2009 sind 885 Mio. Euro geplant und für 2010 eine Mrd. Euro eingeplant. Wir haben keine Erkenntnisse dahingehend, dass dies infrage steht.“*

- Am 18. September 2008 rückt der Vorstandsvorsitzende der HSH-Nordbank von seiner Gewinnprognose vom 8. September 2008 völlig ab. Er lässt verkünden: *„Die Unsicherheit an den Märkten hat zuletzt noch zugenommen. Das lässt zur Zeit eine seriöse Prognose nicht zu.“* Die FDP-Fraktion beantragt eine Sondersitzung des Finanzausschusses am 25. September.
- Am 19. September 2008 geht Finanzminister Wiegard von einem Dividendenausfall für das Land aus. *„Ich habe meine Mitarbeiter angewiesen, ein Szenario zu entwickeln, in dem wir davon ausgehen, dass wir keine Dividende erhalten.“* Dr. Heiner Garg rät dem Vorstandsvorsitzenden Berger aufgrund der miserablen Informationspolitik, freiwillig zurückzutreten.
- Am 24. September bestätigt die HSH-Nordbank Medienberichte vom Vortag, dass im 3. Quartal weitere 500 Millionen Euro abgeschrieben werden müssen. Von dem Betrag entfallen rund 120 Millionen Euro auf Geschäfte mit der zusammengebrochenen US-Investmentbank Lehman Brothers. Damit beläuft sich die Summe der Abschreibungen auf 2,3 Mrd. Euro. Angesichts der anhaltenden Turbulenzen am Finanzmarkt sei es weiterhin unmöglich, eine Gewinnprognose für 2008 abzugeben, hieß es von der HSH Nordbank.
- Die HSH Nordbank wird sich nach einem Bericht des Hamburger Abendblatts von 25. September aktiv an dem Hamburger Konsortium beteiligen, das für die zum Verkauf stehende Reederei Hapag-Lloyd bietet. Dies habe der Vorstand der Bank in dieser Woche beschlossen. Nach Informationen der Zeitung will die Bank einen Betrag in mindestens dreistelliger Millionenhöhe zur Verfügung stellen.
- Nach der Sondersitzung des Finanzausschusses am 25. September 2008 erklärte der Vorstandsvorsitzende Berger: *„Bisher hat der Steuerzahler keinen Verlust der Bank auffangen müssen.“* Finanzminister Wiegard sprach Berger *„das vollste Vertrauen“* aus. Die Bank *„managt die Krise sehr professionell“* und der Vorstand leiste *„hervorragende Arbeit“*. Birgit Herdejürgen von der SPD-Fraktion sekundierte: Die Bank *„hat aus unserer Sicht die richtigen Maßnahmen ergriffen, um die Krise zu überstehen.“* Wolfgang Kubicki sieht genau das Gegenteil. Er forderte den Austausch der Politiker im Aufsichtsrat durch Fachleute und stellte fest: *„Hätte sich das Land von den Anteilen an der HSH-Nordbank getrennt, hätten wir die Krise jetzt nicht.“* Denn es ist zu befürchten, dass das Land sehr bald Kapital in einer Größenordnung von 300 Mio. Euro zuschießen muss.

- Am 30. September 2008 erklärt J.C. Flowers im Handelsblatt, dass er keine Absichten hat, sein Engagement bei der HRE zu beenden. Beim Kurs der HRE-Aktie am 30. September von 5 Euro beträgt sein derzeitiger Verlust rund 855 Mio. Euro.
- Am 2. Oktober 2008 berichtet die FAZ, dass es massive Probleme bei der Banken-Refinanzierung gibt. Die stark gestiegenen Credit Default Swaps, mit denen sich Investoren gegen den Ausfall von Forderungen absichern, belasten von den deutschen Landesbanken insbesondere die HSH-Nordbank.
- Am 9. Oktober 2008 berichteten die Lübecker Nachrichten, dass es bei der HSH derzeit noch keinerlei Plan zur Umsetzung des Stellenabbaus gibt. Möglicherweise werden erste Gespräche Mitte bis Ende Oktober begonnen.
- Am 13. Oktober 2008 beschließt das Bundeskabinett ein 500-Milliarden-Euro-Hilfsprogramm für die deutsche Finanzwirtschaft. 400 Mrd. Euro sind als Bürgschaften vorgesehen, 20 Mrd. Euro sollen dafür eingesetzt werden, erwartete Ausfälle bei den Bürgschaften zu finanzieren und 80 Mrd. Euro stehen für direkte Finanzspritzen zur Verfügung. Grundlage ist das Finanzmarktstabilisierungsgesetz.
- Seit dem 20. Oktober 2008 ist der von Bundestag und Bundesrat beschlossene Sonderfonds Finanzmarktstabilisierung (Soffin) in Kraft. Die HSH erklärte gegenüber „Die Welt“, der Vorstand werde in den nächsten Tagen entscheiden, ob das Paket genutzt werden solle.
- Am 21. Oktober 2008 erklärt die BayernLB, dass die das Rettungspaket in Anspruch nehmen wird.
- Am 22. Oktober 2008 erklärt der Vorsitzende des Landtagsfinanzausschusses, Günter Neugebauer, in den Lübecker Nachrichten: *„Ich rate der HSH, von dem Hilfspaket Gebrauch zu machen.“* Es sei *„kein Geheimnis, dass die Nordbank (...) Liquiditätsprobleme hatte oder hat.“* Er setze darauf, dass die HSH allein mit Bundes-Bürgschaften aus der Klemme herauskommt. Wolfgang Kubicki sieht das anders. Er sagt den Lübecker Nachrichten: *„Mit Bürgschaften wird es nicht sein Bewenden haben. HSH-Vorstandschef Berger hat die Situation geschönt dargestellt. Die Nordbank wird auch neues Kapital benötigen.“* Weil das klamme Land aber nicht mal eben 300 Mio. Euro dazubuttern könne, *„wird Berger sich die Millionen von Bund holen müssen.“* Das Land bekäme dann bis 2012 keine Dividende mehr.

Finanzminister Wiegard lässt seinen Pressesprecher ausrichten: „*Kein Kommentar.*“ Im NDR hieß es, die HSH-Nordbank prüfe die Inanspruchnahme von Hilfen aus dem staatlichen Rettungsfonds. Es gelte als wahrscheinlich, dass die Bank auf Bürgschaften zurückgreifen wird, eine direkte Kapitalspritze solle es nicht geben. Von einer Existenz bedrohenden Schieflage wie die Bayrische Landesbank sei die HSH weit entfernt.

- Am 23. Oktober 2008 sagt HSH-Sprecher Bernhard Blohm zu den Angriffen Kubickis in den Lübecker Nachrichten: „*Berger hat die Situation korrekt dargestellt. Unter dem Druck, unter dem möglicherweise andere Banken stehen, stehen wir nicht.*“ Der Pressesprecher der HSH, Rune Hoffmann, sagt zu der Inanspruchnahme des staatlichen Rettungsfonds gegenüber der taz: „*Vor dem Ende dieser Woche wird keine Entscheidung darüber fallen.*“ Dr. Heiner Garg kritisiert gegenüber den Lübecker Nachrichten die unverschämte Informationspolitik der Bank. Die Anteilseigner werden frech hingehalten und der Vorstand rücke immer nur scheinbar mit der Wahrheit über die Lage der Bank heraus. Berger solle seinen Stuhl räumen. Das gelte im Übrigen auch für die politisch verantwortlichen, die für das Land im Aufsichtsrat sitzen.
- Am Mittag des 24. Oktober 2008 treffen sich Vorstand und Anteilseigner der HSH zu einem informellen Treffen, allerdings ohne Finanzminister Wiegard. Nach der vierstündigen Sitzung gab es weder aus der Bank noch aus dem Finanzministerium einen Kommentar. Am Abend äußerte sich Wiegard im NDR. Er gehe davon aus, dass auch die HSH unter den Rettungsschirm des Staates müsse und dass insbesondere Bürgschaften für die HSH „*zwingend erforderlich sind*“.
- Am 25. Oktober 2008 erklärt der Pressesprecher der HSH, Rune Hoffmann, dass der „*Vorstand der HSH grundsätzlich beschlossen hat, das Maßnahmenpaket der Bundesregierung in Anspruch zu nehmen.*“ Über die Höhe und die Art der Hilfe wollte der Sprecher keine Aussage machen. Auch die Frage, ob die HSH eine Kapitalspritze der Anteilseigner benötigt, beantwortete er nicht. Allerdings stellte er klar, dass von den Anteilseignern noch keine Entscheidungen getroffen seien. Der Hamburger SPD-Bürgerschaftsabgeordnete Peter Tschentscher sagt, dass die SPD spätestens am 28. Oktober im Finanzausschuss der Bürgerschaft aktuelle Aussagen von Finanzsenator Freytag erwartet. Beruhe das Hilfeersuchen auf aktuellen Schwierigkeiten in der eigenen Geschäftstätigkeit, fände er das verwunderlich. Der Vorstand und der im

Aufsichtsrat sitzende Finanzsenator hätten schließlich bis vor zwei Wochen stets das erfolgreiche Geschäftsmodell der Bank gelobt.

- Am 26. Oktober 2008 berichten die Lübecker Nachrichten, dass die HSH einen Empfang der CDU-Landtagsfraktion und der Hermann-Ehlers-Akademie am 8. Oktober 2008 finanziell unterstützt hat. Dr. Heiner Garg findet es *„sehr grenzwertig, wenn die HSH eine Veranstaltung sponsert, bei der zahlreiche Abgeordnete der CDU-Fraktion und CDU-Kabinettsmitglieder anwesend sind, von deren Entscheidungen die Nordbank in der Folge erheblich abhängen wird.“* Wolfgang Kubicki spricht offen von einem Vorgang *„an der Grenze zur Korruption.“*
- Am 27. Oktober 2008 berichtet „Der Spiegel“, dass die HSH allein bei den isländischen Bankrott-Banken noch Kredite von mehreren hundert Millionen ausstehen hat. Davon ist ein niedriger dreistelliger Millionenbetrag nicht abgesichert. Weitere Verluste drohen etwa aus Investitionen in hochriskante Pakete mit Firmenkreditversicherungen. Weiter wird berichtet, dass im Zentrum der HSH-Pläne die Staatsgarantien stehen, mit denen Bankschuldverschreibungen für die langfristige Refinanzierung ausgegeben werden können. Das Hamburger Abendblatt berichtet, dass die HSH für die Inanspruchnahme der Staatsgarantie etwa 1-2% Zinsen zu zahlen hätte, ein Kostenfaktor, der die Kredite an die eigenen Kunden entsprechend verteuern würde. Deshalb werde jetzt genau geprüft, welche staatliche Hilfe sinnvoll sei. Das Handelsblatt schreibt, dass die Anteilseigner der HSH über eine weitere Kapitalspritze nachdenken, die sie aus eigener Kraft zu stemmen hätten. Die FDP-Fraktion beantragt, dass der Finanzausschuss in der Sitzung am 30. Oktober über die aktuelle Situation der HSH unterrichtet wird.
- Am 28. Oktober 2008 berichten die Lübecker Nachrichten über Differenzen in der Kieler Koalition bezüglich der HSH. Die CDU setzt offen auf einen Ausstieg aus der Bank, die SPD sieht das ganz anders. Der Sprecher der HSH, Rune Hoffmann, erklärt unterdessen in den Lübecker Nachrichten: *„Wir tätigen normalerweise keine Spenden an Parteien oder parteinahe Organisationen.“* Bei dem Empfang zu Ehren Stoltenbergs habe man eine Ausnahme gemacht, weil er von 1971 bis 1982 Vorsitzender des Landesbank-Verwaltungsrates war. Der Finanzausschuss der Hamburger Bürgerschaft wurde von Finanzsenator Freytag über die Lage bei der HSH informiert. Am Abend berichtet der NDR, dass momentan versucht werde, das Eigenkapital der Bank ohne Hilfe des Bundes aufzustocken. Das allerdings würde

eine weitere Belastung des überschuldeten schleswig-holsteinischen Landeshaushaltes bedeuten.

- Am 29. Oktober 2008 berichtet die FAZ von der klaren Stellungnahme des Kieler Finanzministeriums: „*Die HSH Nordbank steckt nicht in der Krise*“. Die Geschäftsaussichten seien sogar exzellent.